



**Die FDP - Fraktion
Im Rat der Gemeinde Odenthal**

Fraktionsvorsitzender: Walter Nobbe
Am Hagen 4, 51519 Odenthal
Tel. 02174-7439-44 und Fax -46
E-mail: walternobbe@gmx.de

Stv. Vorsitzender: Hans-Josef Schmitz

FDP – Haushaltsrede 2007, 27. Feb. 2007

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

In Ihrer Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltes 2007 in der Ratssitzung am 12.12.2006 haben Sie, Herr Maubach, den Haushalt der Gemeinde Odenthal in den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang gebracht und auf Verbesserungen auf der Einnahmeseite sowohl im Jahr 2006 als auch 2007 hingewiesen. Die höheren Einnahmen in 2006 und die geringeren Ausgaben im Vermögenshaushalt haben zu einem ausgeglichenen Gesamthaushalt im Vorjahr geführt, was zu einer Entlastung in 2007 beiträgt. Die geplanten Verbesserungen 2007 müssen erst noch eintreten. Auch ohne diese haben wir wie in den Vorjahren keinen ausgeglichenen Haushalt, sondern müssen gemäß Ihrer Angaben einen Betrag von ca. 330 Tsd. Euro aus der allgemeinen Rücklage entnehmen.

Als Begründung haben Sie die Ausgabenseite als Verursacher ausgemacht, als da sind Mehrwertsteuererhöhung, allgemeine Teuerungsrate und gestiegene Energiekosten, die allerdings in der Inflationsrate enthalten sind. Auch wurden die erhöhten Zahlungen an den Kreis genannt, die absolut gesehen eine Mehrbelastung in Höhe von rd. 570 Tsd. Euro in 2007 und somit mehr als die Hälfte der erwarteten allgemeinen Finanzeinnahmen von 1,2 Mio. Euro aufzehren.

Dieser Umstand und auch die Kostensteigerungen bei den übrigen Positionen haben dazu geführt, dass wir in diesem Jahr nicht erst in der heutigen Haushaltsrede Vorschläge zur Kosteneinsparung bzw. Einnahmeerhöhung vorbringen wollten, sondern dies über unsere Tischvorlagen in einigen Ausschüssen und insbesondere durch Anträge im Huf-Ausschuss bereits jetzt konkret beschließen lassen wollten.

Meine Damen und Herren, Herr Maubach hatte darauf hingewiesen, dass durch die Reduzierung des Vermögenshaushaltes eine Nettoneuverschuldung in diesem Jahr vermieden werden sollte. Ein Schritt in die richtige Richtung, wie wir meinen – wenn dadurch allerdings verschiedene sinnvolle oder sogar notwendige Investitionen in die Zukunft verschoben werden, zu Lasten späterer Haushalte. Trotzdem haben wir einen Antrag gestellt, die Tilgungsraten bei neu aufzunehmenden Krediten und bei Umschuldungen zu erhöhen, um den Druck zum Sparen zu erhöhen und somit im Sinne der Generationengerechtigkeit die heutigen Probleme nicht auf unsere Nachkommen zu verlagern. Dem Antrag wurde zwar nicht voll umfänglich zugestimmt, sondern mit dem Auftrag an die Verwaltung verabschiedet, die Möglichkeit der schnelleren Tilgung dann zu nutzen, wenn es der Haushalt erlaubt. Damit – glaube ich – können wir alle gut leben.

In der Folge Ihrer Rede sind Sie, Herr Maubach, auf die absolut gestiegene Kreisumlage detailliert eingegangen. Zu Recht wie ich meine! Auch aus diesem Grund haben wir unseren Antrag gestellt, auf den Kreis einzuwirken, sich nicht auf den Einsparerfolgen aus der Aufgabenkritik der Vergangenheit auszuruhen, sondern mit Ihnen einen Weg zu suchen, an welcher Stelle für die Gemeinde Einsparpotential gewonnen werden kann. So sind evtl. die Verteilungsgrundlagen für die Aufwendungen für unsere Kindergärten zu nennen oder Abweisung der Verlagerung von Aufgaben anderer Kommunen auf den Kreis mit der Folge, dass Einsparbemühungen einiger Kommunen durch andere konterkariert werden. Unser Antrag ist in diesem Sinne verstanden worden und entsprechend zur Umsetzung freigegeben worden.

Sodann haben Sie sich, sehr geehrter Herr Maubach, mit dem größten Ausgabeblock des Verwaltungshaushaltes, nämlich den Personalkosten in Ihrer o.g. Rede befasst. Bei dieser Position hätten wir uns gemäß unserem Antrag gefreut, wenn der Personalstand so lange auf dem Ist-Niveau belassen würde, bis auch in Odenthal eine Aufgabenanalyse bzw. Aufgabenkritik nach Muster des Kreises durchgeführt worden wäre. Erst dann wären wir als Rat einigermaßen in der Lage, den Stellenplan guten Gewissens abzusegnen. Leider ist dieser Antrag verwässert worden, jedoch zu unserer Genugtuung nicht ganz vom Tisch. Sie haben uns

angekündigt, dass die Gemeindeprüfungsanstalt, die derzeit im Hause prüft, Kennzahlen erarbeitet, die uns vielleicht Aufschluss über die richtigen Personalressourcen für unsere Gemeinde gibt. Warten wir es ab, wir kommen auf das Thema zurück. In diesem Zusammenhang müssen wir erwähnen, dass wir den CDU-Antrag unterstützen können, eine Stelle für das touristische Stadtmarketing zu schaffen, unter der Bedingung, dass sich dies kostenneutral verwirklichen lässt. Leider sind hier vorschnell Personalressourcen verabschiedet worden, bevor wir die vorgenannte Analyse kennen und damit sind jährlich 54 Tsd. Euro Personalkosten beschlossen worden, ohne zu wissen, was aus dem Stadtmarketing an zukünftigem Ertrag herauskommt.

Hinsichtlich der Sachausgaben insgesamt hat uns die Verwaltung aufgrund unseres Antrages, diese auf das Niveau 2005 einzustellen, eine Analyse vorgelegt, die den Sparwillen erkennen lässt. Auch wenn hier und da noch einige Tausender aus unserer Sicht zu sparen wären, haben wir den Antrag zurückgezogen, zumal in erster Linie Ausgaben im Schul- und Sozialbereich betroffen wären. Wir glauben jedoch, über eine Belastung privater Nutzer unserer Turnhallen, gemeint sind die Vereine, einen Betrag von min. 16 Tsd. Euro in Zukunft über Einnahmen abdecken zu können. Hierzu haben wir im JSSK-Ausschuss einen Antrag eingebracht, der noch zu diskutieren ist (JSSK-Sitzung im Mai 07).

Im Gegenzug könnten die Elternbeiträge für die OGS um den Teil gesenkt werden, der als Pflichtteil der Kommune zu Buche steht. Dieser Teil wird zurzeit noch im Wesentlichen als über die Elternbeiträge finanziert dargestellt. Es handelt sich, wie wir in unserem Antrag im Schulausschuss gezeigt haben, um einen Betrag von 32 Tsd. Euro, um den die Elternbeiträge gesenkt werden könnten.

Auch hatten wir beantragt, die Mittel für das Instandsetzen der Wanderwege in der notwendigen Höhe bereitzustellen. Das sind 25 Tsd. Euro mehr als derzeit ausgewiesen. Finanziert werden kann das durch Entnahme aus der Rücklage oder durch Reduzierung der geplanten sechsmonatigen Einarbeitungszeit einer Stelle, die wieder besetzt werden soll. Das Einsparpotential liegt unseres Erachtens in der Größenordnung von 20 Tsd. Euro. Hier hat uns die Gemeindeverwaltung zugesagt, die Möglichkeit zu gegebener Zeit zu prüfen.

Sehr geehrter Herr Maubach, Sie gehen in Ihrer Haushaltsrede auch detailliert auf die Finanzeinnahmen ein. Auch wenn sie sich deutlich verbessern, ist hier nach weitem Einnahmequellen zu suchen. Wir sind, ebenso wie Sie der Auffassung, dass eine allgemeine Anhebung der Grundsteuern nur als letztes Mittel eingesetzt werden sollte. Andererseits meinen wir, es wäre nicht schädlich darüber nachzudenken, ob wir in Odenthal nicht eine Zweitwohnungssteuer einführen sollten, um Einwohner an den Infrastrukturkosten teilhaben zu lassen, die sie durch ihre Zweitwohnung verursachen. Einen entsprechenden Antrag hatten wir dazu gestellt. Auch wenn er nicht verabschiedet wurde, werden wir uns dieses Themas zu gegebener Zeit wieder annehmen. (Köln hat 2005 eine Zweitwohnungssteuer eingeführt mit 10 % der jährlichen Nettokaltmiete).

So ließen sich gezielt und für jeden nachvollziehbar die Einnahmen der Gemeinde erhöhen, um auch zukünftig Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen finanzieren zu können. Damit sind wir, sehr geehrter Herr Maubach, beim Vermögenshaushalt, den Sie in erheblichem Maße gesenkt haben, um den Kreditbedarf nicht erneut anschwellen zu lassen. Auch wenn Sie vermelden, eine Nettoneuverschuldung zu vermeiden (Kreditneuaufnahme entspricht dem Jahresvolumen der gesamten Tilgungssumme), ist das unseres Erachtens in Bezug auf die Verschuldung nur die halbe Wahrheit. Die im Vorjahr eingeplanten Kreditaufnahmen werden als so genannte Krediteinnahmereste bezeichnet und betragen 1,4 Mio. Euro. Auch wenn sie in diesem Jahr erst aufgenommen werden, sind das neue Schulden, die gedeckt werden müssen.

Meine Damen und Herren, Herr Maubach hat uns zu Recht darauf hingewiesen, dass nur ein Teil (genau 36 %, also nur rd. ein Drittel) der Investitionen direkt über Gebühren und Beiträge finanziert werden und die übrigen Investitionen über andere Einnahmen finanziert werden müssen und erinnert daran, „dass nur durch eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung unserer Gemeinde die Möglichkeiten der Stabilisierung und Stärkung der Einnahmenseite, sowie der Vermögensmehrung und Umschichtung gegeben ist.“

Diesen Satz können wir nur unterstützen. Etliche Möglichkeiten habe ich bereits genannt. Andere Möglichkeiten mögen sich aus dem Verkauf von vorhandenen Grundstücken ergeben (Spekulation in Form von An- und wieder Verkauf von Grundstücken schließe ich hier aus), wie unser Bürgermeister in seiner o.g. Rede ausführte, ergeben sich aber auch aus dem Abbau von Tätigkeiten, die möglicherweise nicht zu den Kernaufgaben der Gemeinde gehören oder durch Schließen von Partnerschaften mit privaten Anbietern, wie sie neuerdings durch das Land NRW unter bestimmten Voraussetzungen auch im „Sale and Lease Back“-Geschäften möglich gemacht worden sind (ÖPP).

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich auf die Möglichkeit eingehen, die sich aus den beabsichtigten „Änderungen bei der Gemeindeordnung“ ergeben, die Sie, Herr Maubach, uns als Info am 02. Feb. 2007 haben zukommen lassen. Da geht es nicht nur um Ratsbürgerentscheid, Auskunfts- und Akteneinsichtsrechte der Ratsmitglieder, Stärkung der Bürgermeister, sondern auch um „Gestaltungsmöglichkeiten für Gemeinden“. Das heißt es können eine oder mehrere Gemeinden zusätzliche Aufgaben erledigen, die ihnen vom Kreis übertragen werden. Was zunächst nach zusätzlichen Kosten klingt ist nach meinem Verständnis eine Möglichkeit, Aufgaben preiswerter als der Kreis auch im Verbund mit anderen Gemeinden und unter Berücksichtigung des ÖPP zu übernehmen. Sobald uns der Produkthaushalt nach NKF-Gesichtspunkten vorliegt, werden wir von der FDP hierauf zurückkommen und die Gemeindeverwaltung nach solchen Möglichkeiten fragen.

Noch ein paar Worte zur Mittelfristplanung: Sie haben, Herr BM, die demographische Entwicklung im Zusammenhang mit intensiven Werbens um junge Familien und damit Steuerzahlern angesprochen und den Wettbewerb um diese Bürgerinnen und Bürger in Konkurrenz zu anderen Kommunen. Wir hören das gern, dass heute schon entschieden haben muss, wer die Stärkung vorhandener Infrastrukturen in fünf Jahren bewirken will. Unsere Antworten finden sich in den zahlreichen Anträgen, die wir in diesem und in den vergangenen Jahren zum Haushalt gestellt haben (wenn auch nicht alle schriftlich).

Sie gehen in dem Zusammenhang auf die Abschreibungen ein, die zukünftig im Verwaltungshaushalt ausgewiesen werden müssen und zwar die, die bisher nicht in die Gebührenhaushalte eingerechnet werden. Es handelt sich jedoch nicht, wie sie dargestellt haben um zusätzliche Aufwendungen, die zu erwirtschaften sind, sondern um Aufwendungen, die bisher nicht sichtbar waren. Da sie nicht ausgewiesen wurden, fielen sie erst dann wieder an, wenn die gesamte Investition aufgrund des Ressourcenverbrauchs neu getätigt werden musste. Nun sieht man Jahr für Jahr, wie viel eigentlich „verdient“ werden müsste, um die Investition nach z.B. vier Jahren tätigen zu können. Indirekt drückte sich das immer schon über die Kreditaufnahmen und –entwicklung aus. Das NKF zeigt im Fall der AfA wie wichtig es ist, heute schon anzufangen mit dem Sparen oder Steigerung der Einnahmen (s. Zweitwohnungssteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer usw.).

Wir werden Sie, Herr Maubach und Ihre Mitarbeiter darin unterstützen und Ratschläge geben, wie wir gemeinsam die „Schwierigkeiten unseres Haushaltes weiter minimieren können“ und ich glaube, dass wir auf dem besten Weg dahin sind, wenn Sie unsere Anträge ernst nehmen und versuchen, die darin gemachten Vorschläge umzusetzen.

Da wir davon ausgehen, stimmen wir der Haushaltssatzung 2007 unter diesen Bedingungen zu und hoffen, dass unser guter Wille nicht enttäuscht wird. Denn die Zustimmung haben wir uns schwer abgerungen.

Ihnen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit der Erstellung, Erklärung, Kommentierung und demnächst mit der Durchführung des Haushaltes direkt befasst waren und werden, danken wir für ihr Engagement.

Ihnen allen meine Damen und Herren danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

FDP-Fraktion

Walter Nobbe
Fraktionsvorsitzender